Zeitschrift: Schweizer Soldat + MFD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader mit MFD-Zeitung

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat

Band: 66 (1991)

Heft: 9

Rubrik: Blick über die Grenzen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

nen. Dank der induktiven Ankopplung können diese rasch und ohne Verletzung der Isolation an jeder beliebigen Stelle an das robuste Feldkabel angeschlossen werden. Diese patentierte Ankopplungsart ermöglicht es, dass derselbe Draht immer wieder verwendet werden kann.
Der Anschluss des Awitel-Netzes an das öffentliche PTT-Netz ist problemlos möglich. Auch ein Übergang in Funknetze ist vorhanden. Installationen und Änderungen erfordern keinen Telefoninstallateur. Sie können einfach und schnell durch jedermann ausgeführt werden. Das System funktioniert auch zuverlässig in einer Umgebung, in der Funkverbindungen nicht mehr möglich sind, wie zB im Tunnelbau.
Info Siemens-Albis

MITTEILUNGEN DER VERBÄNDE

Flüchtlings- und Asylantenwesen als Thema

Offiziere der Versorgungstruppen in Andelfingen

Die Schweizerische Offiziersgesellschaft der Versorgungstruppen führte ihre jedes dritte Jahr stattfindende Generalversammlung am 1. Juni in Andelfingen durch. Im Mittelpunkt der Zusammenkunft stand der Vortrag von Brigadier Peter Arbenz; er sprach über Probleme seiner Arbeit als Direktor des Bundesamtes für Flüchtlingswesen. Im Rahmen der üblichen Vereinsgeschäfte wurde die Sektion Romandie neu mit der Leitung der Gesellschaft betraut.
Die Versorgung der Truppe mit Lebensmitteln, Munition und Betriebsstoffen gehört zu den Hauptaufgaben der Versorgungstruppen. Rund 2700 Offiziere dieser Truppe sind ausserdienstlich in einer Fach-Offiziersgesellschaft organisiert, umfassend die Sektionen Romandie, Bern, Zentralschweiz und Ostschweiz. Nebst Truppenoffizieren gehören ihr auch Quartiermeister und Kriegskommissäre an. Fachliche Weiterbildung und Erfahrungsaustausch sind unter anderem Gesellschaftszwecke.

Lob der Freiwilligkeit
Die üblichen Vereinsgeschäfte wurden vom abtretenden Präsidenten Oberst Steier von Andelfingen zügig abgewickelt. In seinem Tätigkeitsbericht wies er auf Probleme der Armee 95 hin und hielt fest, dass ausserdienstliche Tätigkeit und Weiterbildung nach wie vor grosses Gewicht habe. Er lobte die Freiwilligkeit und gab seinem Glauben Ausdruck, dass auch in Zukunft gute Arbeit geleistet werde.
Turnusgemäss tritt die Sektion Ostschweiz das Führungsamt an die Sektion Romandie ab; als neuer Präsident wurde Oberstlt Jean-Paul Grünenwald gewählt.
Ohne Wortbegehren wurden Protokoll, Tätigkeitsberichte der Sektionen, Jahresrechnung 88–91 und Voranschlag 91–94 gutgeheissen.

Bleibt Asylpolitik möglich?
Diese brennende Frage stellte Arbenz an den Beginn seiner Ausführungen. Grund zur Fragestellung sieht er in den Zahlen: 1986 8500 Asylgesuche, 1991 deren 50000. Mangels genügend Mitarbeiter wachse der Pendenzenberg weiter, und rund 500 Millionen Franken werde der Bund im laufenden Jahr für das Asylwesen ausgeben. Unter gewissen Bedingungen müsse aber eine Asylpolitik weiterhin möglich sein. Es müsse zur Kenntnis genommen werden, dass in der Schweiz der Anteil an ausländischer Wohnbevölkerung weit über dem europäischen Durchschnitt liege.
Im Raum steht die Frage *«Wie lange geht es noch, bis es nicht mehr geht?»*. Drei Grundstrategien gelte es einzuhalten: Verfahrensbeschleunigung mit allen Mitteln, Verpflichtung der Kantone zu gesetzeskonformer Handhabung des Arbeitsverbotes, konsequenter Vollzug der Wegweisungen.
Viel werde von Politikern über die anstehenden Probleme geredet; wenige aber fänden den Mut, die Frage *«Wieviel Bevölkerung verträgt die Schweiz»* darzulegen. Asylpolitik muss nach Arbenz grundsätzlich möglich bleiben; das heutige System aber habe Grenzen ökologischer Belastung, kultureller Schwierigkeiten und wirtschaftlicher Belastungen; es gehe schliesslich um die *«In-Frage-Stellung»* schweizerischer Identität. Ausserordentliche Mittel und Massnahmen können nicht mehr ausgeschlossen werden.
Soll die Asylpolitik weiterbetrieben werden, so wären Probleme international zu lösen mit Einsätzen in Herkunftsländern, mit verstärkter Entwicklungszusammenarbeit und mit Umorientierung von Entwicklungs- und aktiver Menschenrechtspolitik.
Zu abschliessenden Perspektiven meinte Arbenz, die Welt bleibe krisenanfällig, die heutigen Krisengebiete seien kaum zu stabilisieren, die Entwickung in Osteuropa sei noch nicht abgeschlossen, in Nordafrika könne es früher oder später zu einer Bevölkerungsexplosion kommen.

Es ist besser, ein Licht anzuzünden, als über die Finsternis zu schelten.
So umriss Brigadier Gollut, Oberkriegskommissär und Waffenchef der Vsg Trp, den Wert ausserdienstlicher Vertiefung militärischen Wissens, einer im Milizsystem unabdingbaren Freiwilligkeit.
Beim anschliessenden, in gastfreudlicher Art von der Gemeinde Andelfingen offerierten Apéro stellte deren Präsident Werner Stegemann den Tagungsort kurz vor. Beim Mittagessen endlich bot sich Gelegenheit zu Gedanken- und Erfahrungsaustausch und zur Pflege der Kameradschaft, die in ihrem Wert nicht zu unterschätzen ist.
Wer

Militärpatienten gegen Leistungsabbau bei der Militärversicherung

In der Herbstsession des Ständerates wird voraussichtlich das revidierte Bundesgesetz über die Militärversicherung behandelt. Es sieht neben einigen Verbesserungen massive Einsparungen zu Lasten der Militärpatienten und zu Gunsten der Bundesfinanzen vor. Nach der bundesrätlichen Botschaft werden die Versicherungsleistungen nach Ablauf der Übergangszeit jährlich um rund 8 Millionen reduziert, ohne Berücksichtigung einer allfälligen Reduktion des Truppenbestandes.
An seiner Delegiertenversammlung vom 29. Juni in Valbella protestierte der **Bund Schweizer Militärpatienten** (BSMP) energisch gegen diesen ungerechtfertigten Abbau. Eine Armee-Reform soll nicht dazu führen, dass bei Unfall oder Erkrankung im Militärdienst die Leistungen für die noch verbleibenden Bestände reduziert werden.
Der BSMP appelliert an alle Parlamentarier, diese ungerechtfertigten Verschlechterungen bei der Gesetzesrevision zu verhindern.
An der Delegiertenversammlung wurde anstelle des zurücktretenden Fritz Uhlmann, Riedholz, Walter Reusser, Thun, zum neuen Zentralpräsidenten gewählt. Herr Dr Franz Schlauri vom Bundesamt für Militärversicherung informierte über den Stand der Revisionsarbeiten zum Militärversicherungsgesetz.
Der Bund der Militärpatienten mit Sitz in Bern und Sektionen in allen Teilen des Landes steht allen, die in Fragen der Militärversicherung, des Militärpflichtersatzes und verwandten Gebieten Rat benötigen, zur Verfügung.
BSMP

BLICK ÜBER DIE GRENZEN

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Auflösung des Bundeswehrkommandos Ost

Das «Bundeswehrkommando Ost», das zur deutschen Vereinigung als Führungsstruktur der Bundeswehr in Ostdeutschland gebildet worden war, hat mit dem 1. Juli 1991 seinen Dienst beendet. Der Übergang von der *«Nationalen Volksarmee»* (NVA) zur Bundeswehr wurde damit in seiner ersten Etappe abgeschlossen.
Die Bundeswehr übernahm auch das Arsenal der NVA – einen im Vergleich zur Bundeswehr überdimensionierten Bestand an Waffen und Munition. So gingen 2300 Panzer, 7800 gepanzerte Fahrzeuge, 400 Kampfflugzeuge und 2500 Artilleriegeschütze in die Obhut der Bundeswehr über. Was damit geschehen wird, wird noch zu entscheiden sein. Das grösstenteils aus der Sowjetunion stammende Kriegsmaterial ist mit diversen *«Nachschubproblemen»* (Ersatzteil) belastet. Das gleiche gilt für die Zukunft der 24 MiG-29-Abfangjäger, die zu den modernsten Flugzeugen des ehemaligen Ostblocks gehörten. Es ist eine offene Frage, ob man sie in die Bundeswehr-Luftwaffe einreiht.
PG

ÖSTERREICH

Sicherungseinsatz an der Grenze zu Jugoslawien

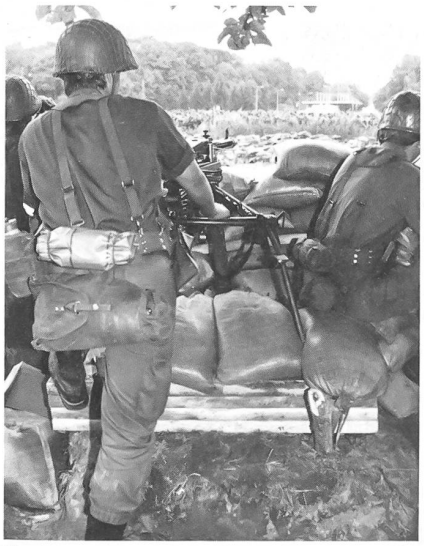
Am 28. Juni 1991 nachmittag erteilte Verteidigungsminister Dr Fasslabend den Befehl für etwa 5500 Mann zur Grenzsicherung an der österreichisch-jugoslawischen Grenze. Am nächsten Tag in der Früh waren die Truppen an einer Sicherungslinie gefechtsbereit, die sich über den Wurzenpass, Rosenbach (Strassentunnel), Loiblpass, Seebergsattel, Bleiburg, Lavamünd, Soboth, Langegg, Spielfeld, Mureck, Radkersburg, Sicheldorf und Bonisdorf erstreckte. Schwergewichtsmässig wurde an den Grenzübergängen gesichert, das Zwischengelände überwacht. Vier Tage später wurde eine Verstärkung von etwa 500 Mann mit Panzern und Jagdpanzern verfügt.

Die Vorereignisse
Das Geschehen in Jugoslawien bzw in Slowenien wurde von Österreich seit längerer Zeit mit Sorge und Aufmerksamkeit beobachtet. Die nach der Abgabe der Unabhängigkeitserklärungen von Slowenien und Kroatien dann einsetzende Entwicklung war daher nicht überraschend.
Am 27. Juni drangen die bewaffneten Auseinandersetzungen in Slowenien zunehmend nach Norden, Richtung Österreich, vor. Das Bundesheer erhielt daraufhin den Befehl zur Erhöhung der Bereitschaft in den grenznahen Garnisonen der Militärkommandobereiche Kärnten und Steiermark.
Zu diesem Zeitpunkt war für die Massnahmen des Bundesheeres Zurückhaltung geboten, um nicht falsche Signale an die Streitparteien in Jugoslawien auszusenden.
Am 28. Juni flammten in Slowenien unmittelbar an der österreichischen Grenze Kampfhandlungen auf, und die Luftwaffe der Jugoslawischen Volksarmee verletzte den österreichischen Luftraum mehrfach massiv. Im Gegensatz zur bisher gebotenen Zurückhaltung war daher ab diesem Zeitpunkt eine demonstrative Präsenz der österreichischen Fliegerkräfte

Pioniersoldaten des Bundesheeres errichten eine Sperre mit Panzerigeln vor einem Grenzübergang.

und der Bodentruppen angezeigt. Es sollte der Jugoslawischen Volksarmee vor Augen geführt werden, dass eine Einbeziehung österreichischen Hoheitsgebietes in die Kampfhandlungen nicht geduldet würde. Gleichzeitig sollte der österreichischen Bevölkerung der notwendige Schutz geboten werden. Tatsächlich verlangten Bevölkerung und Politiker aus der Steiermark und Kärnten die Präsenz des Bundesheeres.
Somit befanden sich am 28. Juni rund 3500 österreichische Soldaten unter dem Kommando des Kommandanten des I. Korps (Graz), General Fally, in den Einsatzgebieten. Gemeinsam mit weiteren 2000 Mann standen sie in der Frühe des 29. Juni unmittelbar an der Sicherungslinie im Einsatz. Österreichische Düsenflugzeuge kontrollierten verstärkt die Staatsgrenze. Auch die Saab 350E *«Draken»* waren im Einsatz. Ab diesem Zeitpunkt bemerkte man einen drastischen Rückgang der registrierten Luftraumverletzungen. Allein bis zum 28. Juni waren insgesamt 10 Grenzverletzungen mit 13 Luftfahrzeugen zu verzeichnen.

Gemischte Kampfgruppen im Einsatz
Für den Einsatz an der Grenze wurden vorwiegend aus den Verbänden der Bereitschaftstruppe gemischte Kampfgruppen gebildet. Sie mussten aber auch mit Kräften aus den Ausbildungsverbänden verstärkt werden. In Kärnten wurden neben den im Bundesland präsenten Kräften zwei Kampfgruppen aus Teilen des Jagdpanzerbataillons 7 (Salzburg), der niederösterreichischen 3. Panzergrenadierbrigade, aus Teilen der oberösterreichischen 4. Panzergrenadierbrigade und aus Jäger-, Pionier- sowie Fliegerabwehrkräften gebildet.
In der Steiermark wurden ebenfalls zwei Kampfgruppen, bestehend aus Teilen des Jagdpanzerbataillons 4 (Graz), der niederösterreichischen 9. Panzergrenadierbrigade sowie aus Kärntner Pionieren, niederösterreichischen und steirischen Jägerkräften, eingesetzt. Somit waren an der Grenze je nach Gelände Jagdpanzer, Panzer, Jäger und Pioniere abwehrbereit.
Zur Schwergewichtsbildung verfügte die Führung über luftbewegliche Teile des Tiroler Jägerbataillons 21 (Kufstein, St. Johann). Führungs- und Versorgungselemente sowie Kräfte für den Lufttransport ergänzten die Kampftruppen.



Maschinengewehrtrupp (Kommandant und zwei Mann) mit Maschinengewehr 74 auf Lafette beobachtet und sichert einen im Vordergrund erkennbaren Grenzposten.

Proteste aus Jugoslawien
Jugoslawien beschuldigte Österreich von Beginn an der Einmischung in innerjugoslawische Angelegenheiten. Dies wurde jedoch von Österreich offiziell und mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Am 30. Juni forderte Belgrad Österreich offiziell auf, das Bundesheer von der Grenze zurückzuziehen. Der österreichische Verteidigungsminister hatte dafür mit Recht nur das Wort *«Zumutung»* übrig.
Als Reaktion auf die Behauptungen jugoslawischer Regierungsfunktionäre, das österreichische Bundesheer greife in Jugoslawien ein bzw unterstütze die slowenische Territorialverteidigung, lud Wien die ausländischen Militärattachés zur Besichtigung vor Ort ein. Am 1. Juli konnten diese sich von der Unhaltbarkeit der jugoslawischen Vorwürfe überzeugen.

Der weitere Einsatzverlauf
Am 3. Juli machten Meldungen über die Heranführung weiterer Kräfte der Jugoslawischen Volksarmee nach Slowenien die Verstärkung der österreichischen Verbände im Grenzraum erforderlich. Durch Zuführung von weiteren Panzer- und Jagdpanzerkräften wuchs die Stärke der gesamten Truppe auf etwa 6000 Mann, zuzüglich Führungs-, Versorgungs- sowie Flieger- bzw Fliegerabwehrkräfte.
Auf diesem Niveau wurde der Einsatz bis zum 7. Juli 1991 fortgesetzt. An diesem Tag lief um 1200 Uhr das Ultimatum der jugoslawischen Regierung an Slowenien zur Übergabe der Grenzstellen zu Österreich an Organe der Bundesverwaltung ab. Obwohl Slowenien auf diese Forderung nicht einging, haben sich seither Anzeichen zur militärischen Entspannung in Slowenien ergeben. Deshalb veranlasste Verteidigungsminister Fasslabend die Reduktion der eingesetzten Kräfte.

Erste Erkenntnisse
Das Bundesheer hat viel Lob für sein exaktes Verhalten geerntet. Seine Existenzberechtigung, von Armeeabschaffern in den letzten Monaten immer wieder angezweifelt, wurde unzweifelhaft unterstrichen. Die Bevölkerung und fast alle Medien haben vielfach einen Meinungswandel zugunsten des Bundesheeres durchgemacht.
Militärisch hat man die schon längst erkannte Notwendigkeit, die Anzahl ständig präsenter Kräfte zu erhöhen, erneut bestätigt erhalten. Auch der Ankauf von seit langem geforderten Boden-Luft- und Luft-Luft-Lenkwaffen sowie die Modernisierung von Gerät und Waffen ist bei den meisten Politikern in der Regierung zurzeit unbestritten. Hoffentlich auch noch in absehbarer Zeit. -Rene-

TSCHECHOSLOWAKISCHE FÖDERATIVE REPUBLIK

Die Auflösung des Warschauer Paktes

In Prag, in der Hauptstadt der ČSFR, wurde am 1. Juli 1991 offiziell die Auflösung des Warschauer Paktes feierlich verkündet. Dieses Militärbündnis des Ostblocks wurde im Mai 1955 auf Initiative der Sowjetunion ins Leben gerufen. Er hatte die Aufgabe, die osteuropäischen Volksdemokraten auch auf dem Militärbereich noch enger an Moskau zu binden. Alle europäischen *«nationalen»* Volksarmeen waren vom sowjetischen Generalstab dirigiert. Der Warschauer Pakt galt als Gegengewicht zur NATO. Mit der Zeit nahmen an den Beratungen des Warschauer Paktes auch andere sozialistische Länder (ausser Jugoslawien) des Sowjetorbits teil, z B Kuba oder Nord-Vietnam. Der Warschauer Pakt wurde in seiner Geschichte nur einmal aktiv: 1968. Damals liess der sowjetische KP-Chef Breschnew die Warschauer-Pakt-Truppen gegen die Tschechoslowakei marschieren: sie mussten mit Gewalt den *«Prager Frühling»* unterdrücken.
Weil die heutige Sowjetunion sich freiwillig aus Ost- und Mitteleuropa zurückzog (zurzeit sind nur in Deutschland und in Polen sowjetische Truppen), hatte der Warschauer Pakt keine Daseinsberechtigung mehr. PG

USA

Auszeichnung für die Teilnehmer am Golfkrieg

Die amerikanischen Frauen und Männer, die am Golfkrieg teilgenommen haben, erhalten als Auszeichnung eine Verdienstmedaille. Ein neuer 29-Cent-Wert der US-Post zeigt diese. Er trägt die Aufschrift «Honoring Those Who Served – Desert Shield ★ *«Desert Storm»*. Diese Sondermarke gibt es seit dem 2. Juli 1991 an den Postschaltern. AE

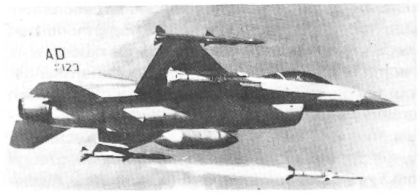
Luft-Luft-Lenkwaffe AMRAAM:

Diese für die amerikanische Luftwaffe und Marine vorgesehene Luft-Luft-Lenkwaffe mittlerer Reichweite wurde aufgrund von Qualitätsproblemen einer Überprüfung unterworfen. Erst ab April 1991 wurde die ursprüngliche Produktionsrate wieder erreicht.
Die AMRAAM (als Ersatz für die AIM-7 *«Sparrow»* geplant) ist für die Flugzeugtypen F-15, F-16, F/A-18 und F-14 sowie für die entsprechenden Flugzeuge der NATO-Partner vorgesehen und wird auf grössere Distanzen als die Sichtentfernung eingesetzt. Sie verfügt über einen Suchkopf mit aktivem Radar für die Endphasenlenkung und kann daher bald nach dem Abfeuern *«vergessen»* werden. Probleme bewirkten vor allem erhöhte Vibrationen bei der Benutzung der Waffenstationen am Rumpf der F-15.

Grundsätzlich ist die AMRAAM für ein Szenario des modernen Luftkampfes mit allen Arten der elektronischen Stör- und Gegenmassnahmen geeignet.
Bei einem derzeit geplanten Gesamtbeschaffungsvolumen von 15 000 Lenkwaffen würde sich der Einzelpreis auf etwa 600 000 Dollar belaufen.
Aus Truppendienst 4/91

Sollten die 34 F/A-18 von der Schweiz bestellt werden, würden diese Flugzeuge ebenfalls mit AMRAAM ausgerüstet.

Der Redaktor



Abschuss der Waffe von einer F-16.